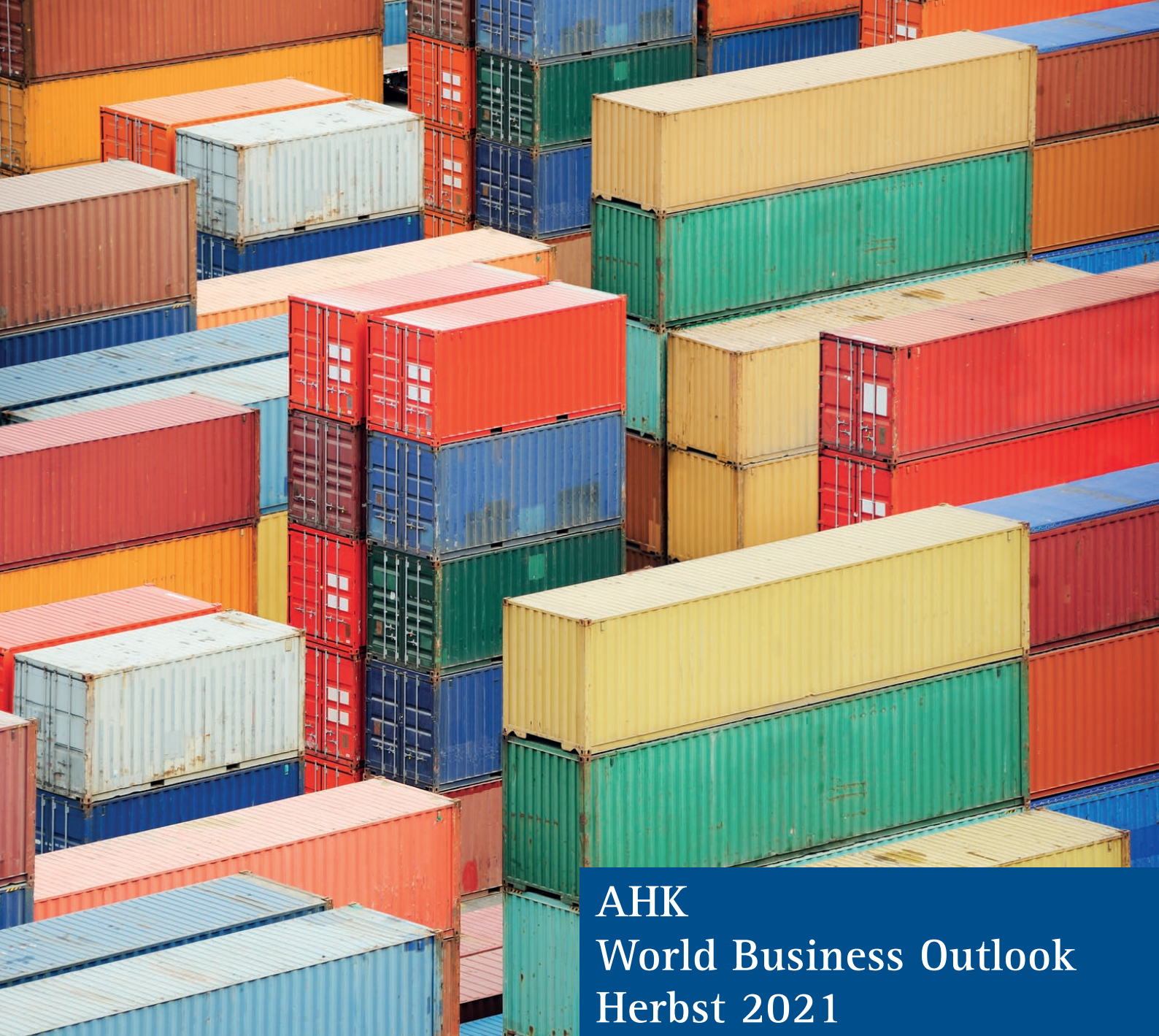




AHK World Business Outlook Herbst 2021

Ergebnisse einer Umfrage bei den
deutschen Auslandshandelskammern,
Delegationen und Repräsentanzen

 **GemeinsamWeltweit**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

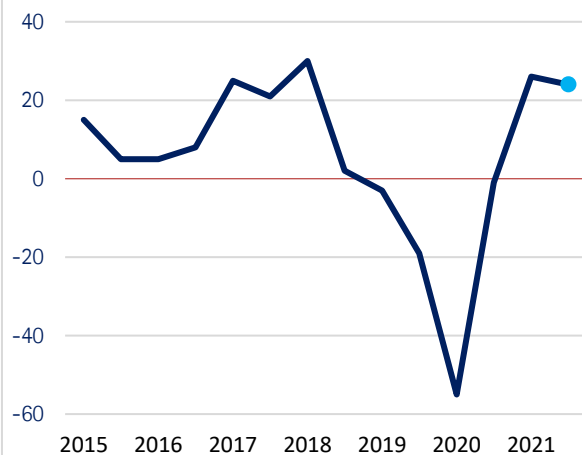
AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Zusammenfassung

Die Herausforderungen für deutsche Unternehmen im Ausland sind über anderthalb Jahre nach Beginn der Coronavirus-Pandemie zahlreich. Zuletzt hat die wirtschaftliche Erholung in Teilen der Welt an Geschwindigkeit verloren: Nur noch zwei von fünf der weltweit mehr als 3.200 befragten Unternehmen erwarten in den kommenden zwölf Monaten eine bessere Entwicklung der Wirtschaft in den jeweiligen Ländern. Damit sind die Erwartungen verhaltener als noch im Frühjahr 2021. Während die deutschen Unternehmen vor allem im Asien-Pazifik-Raum (ohne China), in Afrika und Nah- und Mittelost sowie in der Europäischen Union (EU) mit einer verbesserten Konjunktur im Vergleich zur Vorumfrage rechnen, sinken die Erwartungen in China, Nordamerika sowie Süd- und Mittelamerika deutlich. Bezogen auf ihre eigenen Geschäfte zeigen sich die Unternehmen an ihren internationalen Standorten indes widerstandsfähig. So erwarten die Unternehmen vielerorts trotz abkühlender Konjunktur eine weitere Belebung ihrer eigenen Aktivitäten. Deutlich mehr Betriebe als im Frühjahr beabsichtigen deshalb in den kommenden zwölf Monaten an ihren ausländischen Standorten Personal aufzustocken und ihre Investitionsausgaben zu erhöhen.

Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit Saldo in Punkten



Angesichts der bestehenden Herausforderungen durch die Coronavirus-Pandemie bewegen sich die Unternehmen allerdings auf einem steinigem Weg. Reiseeinschränkungen und Probleme in der Lieferkette und der Logistik verhindern einen reibungslosen Geschäftsablauf und insgesamt einen selbsttragenden, investitionsgetriebenen Aufschwung im internationalen Geschäft. Noch einmal deutlich zugenommen im Vergleich zur Vorumfrage hat in diesem Zusammenhang auch der Anteil der Unternehmen, die von fehlenden Waren und Dienstleistungen sowie eigenen Produktionsausfällen berichten.

Unabhängig von den unmittelbaren Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie bilden die Rohstoffpreise für die deutschen Unternehmen im Ausland derzeit das größte Geschäftsrisiko. Der Fachkräftemangel hat nochmals an Bedeutung gewonnen und stellt ein beachtliches Risiko für die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen auch außerhalb Deutschlands dar.

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Herbst 2021 die Rückmeldungen von weltweit mehr als 3.200 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug.

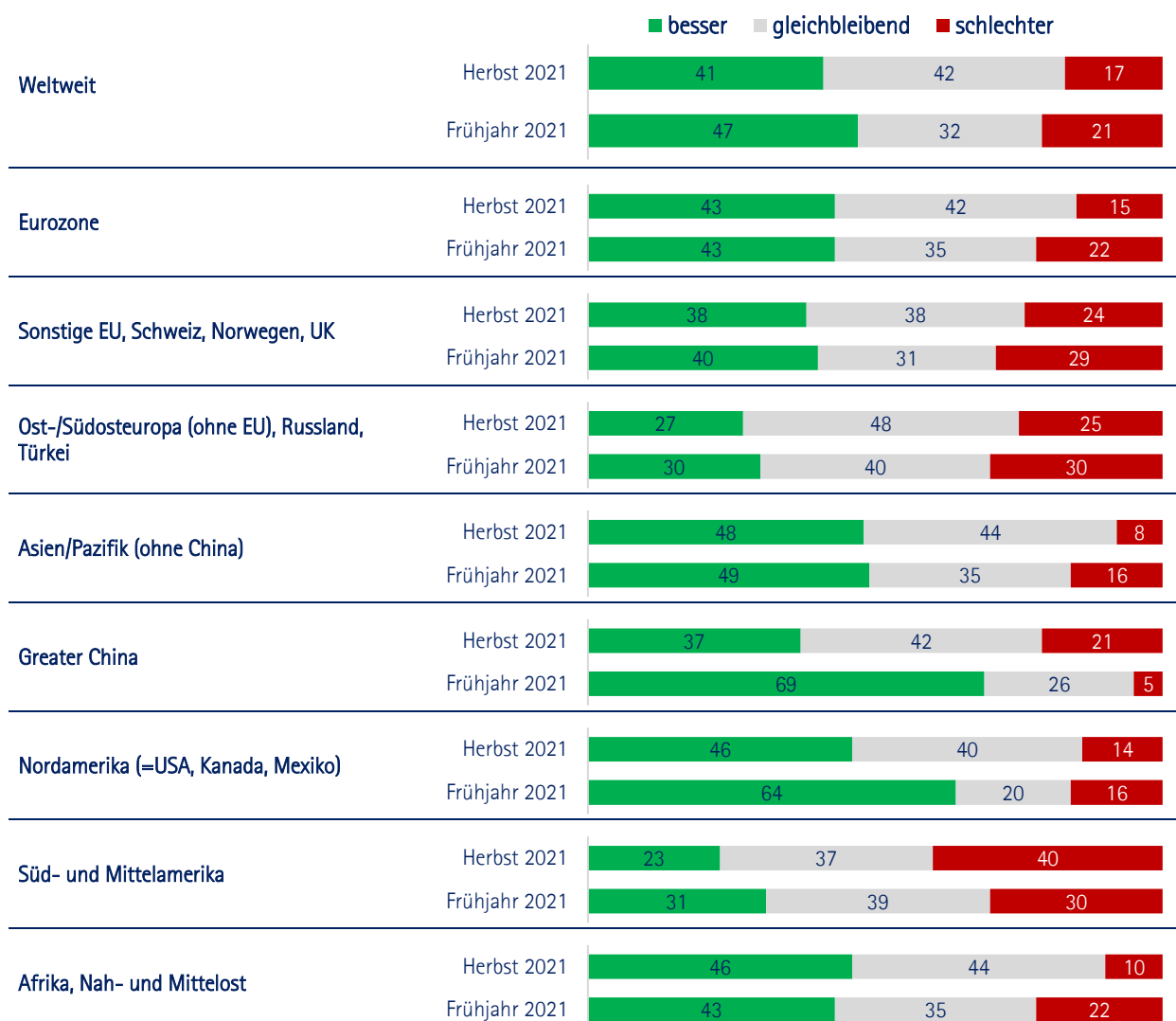
41 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 37 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 22 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern machen 46 Prozent der Antworten aus. 23 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern weltweit haben einen Anteil von 31 Prozent der Befragten.

Entwicklung der Weltwirtschaft

Die Erholung der Weltwirtschaft verliert an Fahrt – so die Sicht der Außenwirtschaft. 41 Prozent der weltweit mehr als 3.200 von den AHKs befragten Unternehmen erwarten, dass sich die Konjunktur in ihren jeweiligen Ländern in den nächsten zwölf Monaten besser entwickeln wird. 17 Prozent erwarten eine schlechtere Konjunkturentwicklung. Der Großteil der Unternehmen (42 Prozent) rechnet mit keiner Veränderung der wirtschaftlichen Entwicklung an ihren internationalen Standorten. Der resultierende Saldo aus besser- und schlechter- Bewertungen beträgt 24 Punkte. Damit sind die Erwartungen insgesamt verhaltener als in der Vorumfrage (Frühjahr: 26 Punkte). Der Aufholprozess nach dem Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr scheint somit an Dynamik zu verlieren. Die Ausichten auf die kommenden zwölf Monate unterscheiden sich zwischen den Weltregionen deutlich. In Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko) und vor allem in China verlangsamt sich die bislang äußerst starke Konjunkturbelebung, während es in Europa und im Asien-Pazifik-Raum weiter rund läuft.

Konjunkturerwartungen der Unternehmen

Anteil in Prozent



Konjunkturerwartungen der Unternehmen Saldo aus besser minus schlechter Antworten	Frühjahr 2019	Herbst 2019	Frühjahr 2020	Herbst 2020	Frühjahr 2021	Herbst 2021	Veränderung ggü. Vorumfrage
Eurozone	-8	-19	-63	-14	21	28	7
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	-16	-28	-64	-24	11	14	3
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei	-3	-13	-71	-35	0	2	2
Asien/Pazifik (ohne China)	17	-11	-62	-1	33	40	7
Greater China	18	-34	-29	34	64	16	-48
Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko)	-4	-9	-78	5	48	32	-16
Süd- und Mittelamerika	20	-4	-64	13	1	-17	-18
Afrika, Nah- und Mittelost	-13	-7	-43	1	21	36	15
Welt gesamt	-3	-19	-55	-1	26	24	-2

Durchwachsene Aussichten in Europa

Innerhalb Europas erwarten die Unternehmen überwiegend eine Verbesserung der Konjunktur in den kommenden zwölf Monaten. Insgesamt sind die Erwartungen im Vergleich zur Vorumfrage in der Eurozone, weiteren Ländern der EU sowie Süd- und Osteuropa außerhalb der EU leicht gestiegen. In einzelnen Ländern deutet sich allerdings bereits wieder eine Abkühlung der Konjunktur an.

In der Eurozone legen die Erwartungen gegenüber dem Frühjahr zu und erreichen einen Wert über dem weltweiten Durchschnitt (Saldo 28 Punkte nach zuvor 21 Punkten): 43 Prozent der Unternehmen erwarten eine bessere, 15 Prozent eine schlechtere Konjunktur. Im Frühjahr hatten die Erwartungen dort noch unter dem globalen Durchschnitt gelegen. Innerhalb der Eurozone verbessern sich die Konjunkturaussichten besonders deutlich in Italien, Portugal und der Slowakei. Bei Unternehmen in Spanien steigt hingegen der Anteil derer, die mit einer Abkühlung rechnen. Auch für die Länder im Rest der EU wird eine bessere Konjunkturentwicklung als zuletzt erwartet, besonders in Tschechien und Ungarn (Saldo 36 bzw. 26 Punkte nach zuvor zwei und 17 Punkten).

In der Schweiz rechnen weniger Unternehmen als zuletzt mit einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Land (Saldo 34 Punkte nach zuvor 48 Punkten). Im Vereinigten Königreich überwiegen die negativen Aussichten (Saldo minus zwölf Punkte nach zuvor 28 Punkten). Somit geht ein Großteil der Unternehmen von einer schwächeren Konjunktur in den kommenden Monaten aus, nachdem im Frühjahr die positiven Erwartungen noch überwogen hatten. Hier kommen die Auswirkungen des Brexits, wie etwa Probleme in der Logistik oder der Fachkräftemangel, zum Tragen. Handelsbarrieren werden im UK nach dem Fachkräftemangel (55 Prozent) als zweithäufigstes Risiko genannt (43 Prozent) – deutlich mehr als im Rest der Region (17 Prozent).

Die Erwartungen in Ost- und Südosteuropa (ohne EU) verbessern sich – von einem geringen Niveau aus – ebenfalls nur leicht: 27 erwarten eine höhere, 25 Prozent eine schlechtere Wirtschaftsleistung (Saldo zwei Punkte nach zuvor null Punkten). Maßgeblich für die Verbesserung sind die gestiegenen Erwartungen in Serbien sowie Bosnien und Herzegowina. In der Türkei gehen die Unternehmen dagegen überwiegend von einer Verringerung der Wirtschaftsleistung in den kommenden zwölf Monaten aus (Saldo minus acht Punkte nach zuvor minus sechs Punkten). Neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (62 Prozent) sorgen sich die Unternehmen hier vor allem um das Wechselkursrisiko (73 Prozent). Auch in Russland schrauben die Unternehmen ihre Erwartungen zurück (Saldo zwölf Punkte nach zuvor 20 Punkten).

Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum zuversichtlich

Im globalen Vergleich sind die Unternehmen an den Standorten in Asien und Pazifik (ohne China) am zuversichtlichsten bezüglich der konjunkturellen Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten. 48 Prozent der Unternehmen rechnen dort mit einer Verbesserung der Wirtschaft, nur acht Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der Saldo aus besser- minus schlechter- Bewertungen für die Region insgesamt liegt mit 40 Punkten weit über dem globalen Schnitt von 24 Punkten und erreicht einen Höchststand seit Beginn der Erhebung.

Besonders in Indien rechnen die Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Aufschwung. Verbesserungen im Vergleich zur Vorumfrage werden zudem in Indonesien, Japan sowie auf den Philippinen erwartet. Teils deutlich weniger positive Erwartungen als zuletzt haben die Unternehmen in südostasiatischen Staaten wie Malaysia, Singapur, Südkorea, Thailand und Vietnam. An diesen Standorten lagen die Erwartungen im Frühjahr noch deutlich über den aktuellen Konjunkturerwartungen.

Deutlicher Dämpfer in China

Anders als im asiatisch-pazifischen Raum insgesamt verstetigen sich die positiven Konjunkturerwartungen aus dem Frühjahr in China nicht. Deutlich weniger Unternehmen als zuletzt rechnen mit einer Verbesserung in den kommenden zwölf Monaten an ihren Standorten in Greater China: 37 Prozent erwarten eine bessere, 21 Prozent eine schlechtere Entwicklung (Saldo 16 Punkte nach zuvor 64 Punkten). Der noch im Frühjahr erwartete wirtschaftliche Aufschwung scheint sich somit nicht nachhaltig einzustellen. Im Herbst 2020 und Frühjahr 2021 hatten die Erwartungen der Unternehmen in China noch weit über dem globalen Schnitt gelegen. Chinas Wirtschaft hatte sich schneller und stärker erholt als andere Länder und das vergangene Jahr als eine der wenigen Volkswirtschaften weltweit mit einem Wirtschaftswachstum abgeschlossen.

Aktuell sind insbesondere energieintensive Industrien von Engpässen bei der Energieversorgung betroffen. Mögliche weitere Gründe für die aktuelle Entwicklung sind zum einen hohe Rohstoffpreise, welche für 61 Prozent der Unternehmen in China das größte Geschäftsrisiko darstellen. Dicht darauf folgt mit 45 Prozent das Geschäftsrisiko der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie: von Reiseeinschränkungen zur Eindämmung der Pandemie sind 85 Prozent der Unternehmen in China betroffen. 69 Prozent beklagen Probleme in ihren Lieferketten bzw. der Logistik.

Ausblick in Nordamerika weniger optimistisch als zuletzt

Unternehmen in Nordamerika äußern sich zurückhaltender zur konjunkturellen Entwicklung an ihren Standorten als noch im Frühjahr (Saldo 32 Punkte nach zuvor 48 Punkten). Nach einer kräftigen Erholung zu Beginn des Jahres gefördert durch umfangreiche Konjunkturpakete innerhalb der ersten Jahreshälfte, sinken in den USA die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum in den kommenden zwölf Monaten deutlich (Saldo 36 Punkte nach zuvor 66 Punkten). Aktuell sehen 60 Prozent der Unternehmen im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko. Zudem machen sich Lieferkettenprobleme bemerkbar: 73 Prozent der Unternehmen sind jeweils von Reiseeinschränkungen sowie Problemen in der Lieferkette bzw. Logistik als Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen.

In Mexiko heben die Unternehmen ihre Erwartungen im Vergleich zur Vorumfrage deutlich an (Saldo sechs Punkte nach zuvor minus 13 Punkten). Die mexikanische Wirtschaft profitierte bisher unter anderem von der wirtschaftlichen Erholung in den USA im ersten Halbjahr. Unternehmen in Kanada zeigen sich am optimistischsten in der Region, sind aber auch hier verhaltener als noch im Frühjahr.

Negative Aussichten in Süd- und Mittelamerika

In Süd- und Mittelamerika rechnen die Unternehmen überwiegend mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten: 23 Prozent der Unternehmen mit positiven Erwartungen stehen 40 Prozent mit negativen Erwartungen gegenüber (Saldo minus 17 Punkte nach zuvor einem Punkt). Damit schrauben die Unternehmen ihre Erwartungen zum zweiten Mal in Folge deutlich zurück. Im Herbst 2020 waren die Unternehmen, die mit einem wirtschaftlichen Wachstum an ihren Standorten rechnen, noch in der Überzahl (Saldo 13 Punkte). Insgesamt war die Region Süd- und Mittelamerika überdurchschnittlich stark von der Coronavirus-Pandemie betroffen und die wirtschaftliche Erholung findet nur langsam statt. In Argentinien, Brasilien, Chile und Peru sinken die Erwartungen im Vergleich zur Vorumfrage deutlich. Einzig in Ecuador blicken die Unternehmen deutlich optimistischer auf die Konjunktur des Landes als im Frühjahr.

Als spürbare Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind die Unternehmen in der Region im weltweiten Vergleich stärker von Liquiditätsengpässen (26 Prozent), von weniger Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen (41 Prozent) sowie einer erhöhten Rechtsunsicherheit (25 Prozent) betroffen.

Steigende Erwartungen in Afrika, Nah- und Mittelost

In Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten haben die Unternehmen ihre Konjunkturerwartungen im Vergleich zur Vorumfrage deutlich angehoben: 46 Prozent erwarten eine stärkere, zehn Prozent eine schwächere Wirtschaftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten (Saldo 36 Punkte nach zuvor 21 Punkten). Seit Beginn der Erhebung ist dies der höchste Wert. Zum Teil profitieren die rohstoffreichen Länder in der Region von der weltweit gestiegenen Nachfrage nach Rohstoffen und der Erholung im Welthandel.

Ausgehend von einem hohen Niveau steigen die Erwartungen in Ägypten erneut an. Zwar rechnen auch an Standorten in Subsahara-Afrika, wie Kenia und Südafrika, mehr Unternehmen als zuletzt mit einem wirtschaftlichen Aufschwung. Die Unternehmen, die von einer Abkühlung der Konjunktur ausgehen, sind allerdings noch in der Überzahl.

Unternehmen im Iran sind pessimistischer als zuletzt (Saldo minus elf Punkte nach zuvor minus drei Punkten). Ebenso gesunken sind die Erwartungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten – allerdings von einem hohen Niveau aus (Saldo 56 Punkte nach zuvor 65 Punkten).

Lage und Erwartungen deutscher Unternehmen im Ausland

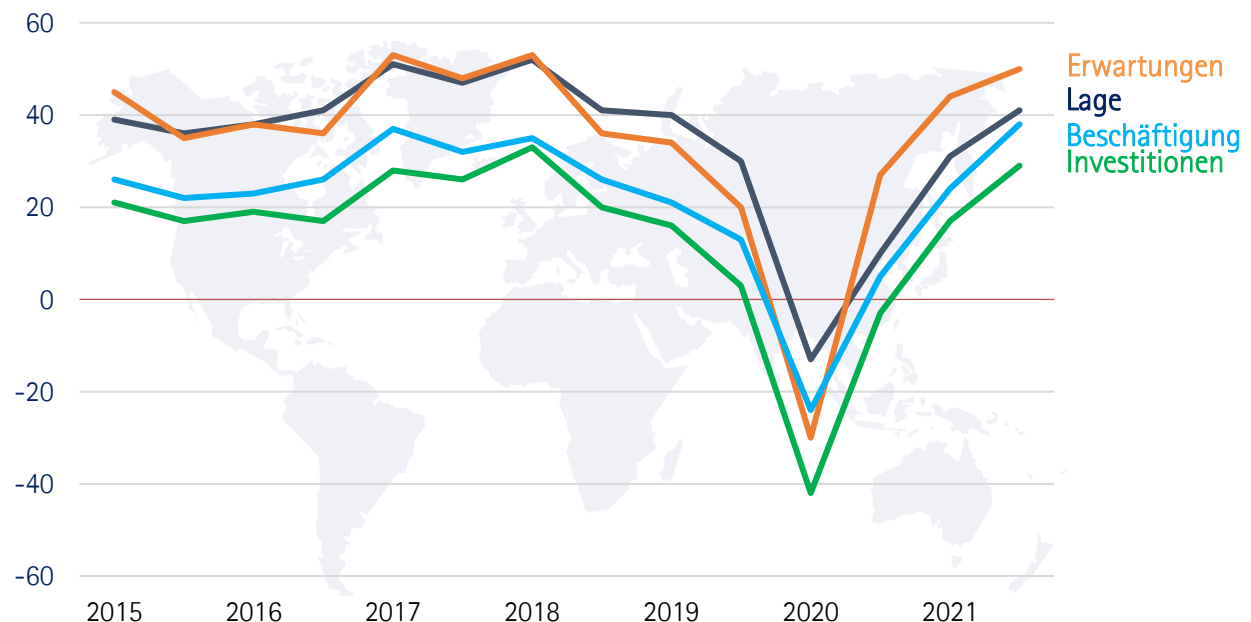
Geschäftslage verbessert sich vielerorts – mit einer wichtigen Ausnahme

Der wirtschaftliche Aufholprozess hat sich insofern im Laufe des Jahres fortgesetzt, als dass die deutschen Unternehmen im Ausland ihre aktuelle Geschäftslage positiver bewerten als in der Frühjahrsumfrage. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) bezeichnet ihre Lage als gut, 11 Prozent als schlecht. Der resultierende Saldo aus gut- minus schlecht- Bewertungen von 41 Punkten liegt um 10 Punkte höher als in der Vorumfrage. Mit Blick auf die bestehenden Herausforderungen und die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zeigen sich die Unternehmen damit vielerorts widerstandsfähig.

In allen Weltregionen verbessert sich die Geschäftslage der Unternehmen im Vergleich zum Frühjahr – mit einer wichtigen Ausnahme. In China hat sich die Geschäftslage im Vergleich deutlich verschlechtert. Der resultierende Saldo aus besser- minus schlechter- Bewertungen liegt mit 27 Punkten unter dem Niveau von Herbst 2020 (Saldo 31 Punkte) und weit unter dem Niveau der Vorumfrage im Frühjahr 2021 (Saldo 50 Punkte). Zuletzt kam es neben den weltweiten Transportproblemen und Lieferengpässen in China zu Stromknappheit und in der Folge teilweise zu plötzlichen sowie mehrtägigen Produktionsstopps. Zudem dämpfen die bestehenden Reiseeinschränkungen die Stimmung der deutschen Unternehmen vor Ort.

Deutsche Unternehmen im Ausland

Saldo in Punkten



Die Geschäftslage der deutschen Unternehmen in Europa verbessert sich stark. Mit einer Bewertung der Lage von 46 Saldopunkten (Eurozone), 53 Saldopunkten (sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK) und 63 Saldopunkten (Ost-/Südost-europa ohne EU, Russland, Türkei) laufen die aktuellen Geschäfte in Europa besser als im Rest der Welt. Ähnlich positiv wie in der Eurozone bewerten die Unternehmen in Nordamerika ihre derzeitige Geschäftslage (Saldo 45 Punkte).

In Asien und Pazifik (ohne China) (Saldo 34 Punkte), Süd- und Mittelamerika (Saldo 26 Punkte) sowie Afrika, Nah- und Mittelost (Saldo 33 Punkte) schätzen die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage etwas weniger gut ein als im weltweiten Durchschnitt. Allerdings haben sich auch in diesen Regionen teils deutliche Verbesserungen im Vergleich zur Vorumfrage eingestellt.

Geschäftserwartungen legen leicht zu

Anders als die weltweit gesunkenen Konjunkturerwartungen der deutschen Unternehmen im Ausland vermuten lassen, blicken die Betriebe optimistischer auf die Entwicklung ihrer eigenen Geschäfte. 56 Prozent erwarten eine Verbesserung in den kommenden zwölf Monaten, lediglich sechs Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Der Saldo aus besser- minus schlechter- Bewertungen beträgt 50 Punkte und steigt im Vergleich zur Vorumfrage leicht (Frühjahr 2021: 44 Punkte).

Zwar sind die Unternehmen bezüglich der Entwicklung der eigenen Geschäfte zuversichtlicher als der wirtschaftlichen Entwicklung im Land generell. Angesichts des notwendigen wirtschaftlichen Aufholprozesses nach dem Rückgang im vergangenen Jahr, sind die Erwartungen jedoch verhalten. Ein möglicher Erklärungsansatz für die unterschiedlichen Bewertungen der Entwicklung der eigenen Geschäfte und der Entwicklung der Konjunktur insgesamt ist, dass die deutschen Unternehmen, die international tätig sind, oftmals die Nachteile an einem Standort durch bessere Geschäfte an anderen Standorten ausgleichen können und somit ihre Geschäftsrisiken durch Diversifizierung minimieren. Diese Unternehmen bewerten ihre Geschäftserwartungen daher teilweise entkoppelt von der lokalen Konjunktur.

Die Diskrepanz zwischen Konjunktur- und Geschäftserwartungen zeigt sich am deutlichsten in Süd- und Mittelamerika. Hier stagnieren zwar die Geschäftserwartungen auf dem gleichen Niveau wie in der Vorumfrage (Saldo 42 Punkte), die Konjunkturerwartungen sinken jedoch deutlich (Saldo minus 17 Punkte).

In China und Nordamerika rechnen weniger Unternehmen als in der Vorumfrage mit verbesserten Geschäften in den kommenden zwölf Monaten (Saldoverschlechterung um sechs Punkte in China und um zehn Punkte in Nordamerika). Im Vergleich zu den anderen Weltregionen sind die Geschäftserwartungen in China zudem am geringsten (Saldo 38 Punkte). Zeigten die Unternehmen in Nordamerika im Frühjahr noch die höchsten Erwartungen, liegen sie nun im Mittelfeld (Saldo 53 Punkte).

Im Asien- und Pazifik-Raum (Saldo 58 Punkte) und in Afrika, Nah- und Mittelost (Saldo 57 Punkte) haben die Unternehmen die im Vergleich höchsten Erwartungen. In den Ländern der Eurozone (Saldo 52 Punkte) und der EU sowie Schweiz, Norwegen und dem Vereinigte Königreich (Saldo 47 Punkte) heben die Unternehmen ihre Geschäftserwartungen im Vergleich zur Vorumfrage am stärksten an.

Geplante Investitionsausgaben der Unternehmen steigen deutlich

Ausgehend von der verbesserten Geschäftslage sowie den gestiegenen Geschäftserwartungen planen die Unternehmen mit höheren Investitionsausgaben in den kommenden zwölf Monaten. 42 Prozent der Unternehmen planen höhere Investitionen zu tätigen, 13 Prozent wollen diese verringern. Der Saldo aus höheren- und geringeren Investitionsplänen beträgt 29 Punkte. Höhere Investitionsabsichten seit Beginn der Erhebung hatten die Unternehmen lediglich im Frühjahr 2018 (Saldo 33 Punkte).

Trotz der insgesamt gestiegenen Investitionsabsichten, berichtet weiterhin ein Drittel der Unternehmen davon, Investitionspläne aufgrund der bestehenden Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu verschieben oder gänzlich zu streichen. Unter Unternehmen, die geringere Investitionen als zuletzt planen, sind es sogar 40 Prozent, die angeben, Investitionen verschieben oder streichen zu müssen. Von den Unternehmen, die weniger investieren wollen, beklagen 22 Prozent Liquiditätsengpässe und 25 Prozent Finanzierungsprobleme – deutlich mehr als in der Gesamtwirtschaft (dort nennen 14 Prozent Liquiditätsengpässe und 20 Prozent Finanzierung als Geschäftsrisiko).

Angesichts der gesunkenen Konjunktur- und Geschäftserwartungen in China planen die Unternehmen an diesen Standorten mit weniger Investitionen als im Frühjahr (Saldo 19 Punkte nach zuletzt 30 Punkten). In den anderen Weltregionen schrauben die Unternehmen ihre Investitionsabsichten nach oben. Am kräftigsten fällt der Anstieg in der Eurozone aus (Saldo 35 Punkte nach zuletzt elf Punkten).

Unternehmen beabsichtigen mehr Beschäftigte einzustellen

Da die Unternehmen vornehmlich von einer Verbesserung ihrer eigenen Geschäfte ausgehen, weiten viele ihre Beschäftigungsabsichten für die kommenden zwölf Monate aus. 46 Prozent – und damit 11 Prozent mehr als in der Vorumfrage – wollen mehr Personal einstellen, acht Prozent wollen Personal abbauen. Der Saldo aus höheren- minus geringeren Beschäftigungsabsichten erreicht mit 38 Punkten den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung. Allerdings hat der Fachkräftemangel weltweit an Bedeutung gewonnen. Dieser könnte dem Personalaufbau der Unternehmen im Weg stehen. So stellt der Fachkräftemangel für Unternehmen, die mit einer steigenden Beschäftigtenzahl planen, mit 48 Prozent (insgesamt 37 Prozent) die größte Herausforderung dar.

In allen Weltregionen planen Unternehmen künftig mehr Personal einzustellen. Im Vergleich zur Vorumfrage schrauben die Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) ihre Beschäftigungsabsichten am meisten nach oben (Saldo 40 nach zuvor 18 Punkten). Allein in Nordamerika äußern die Unternehmen etwas geringere Beschäftigungsabsichten als zuletzt (Saldo 40 nach zuvor 43 Punkten).

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie

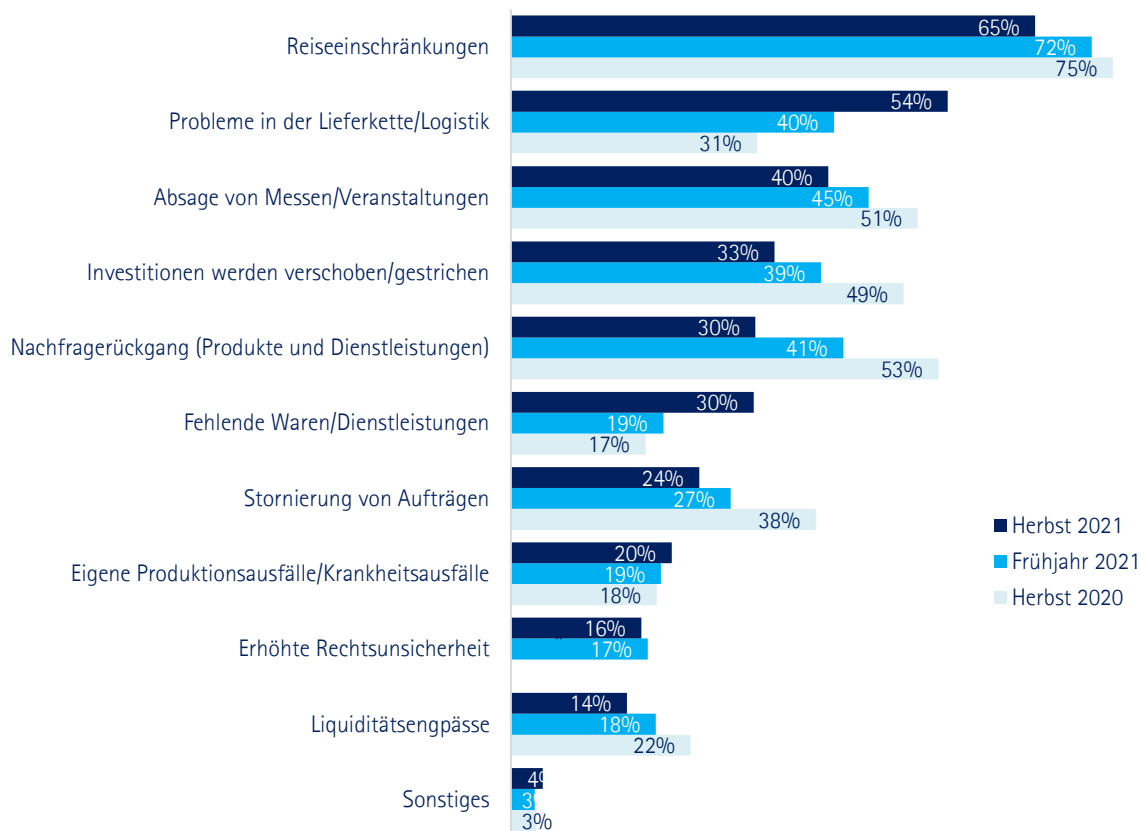
Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie stellen auch über anderthalb Jahre nach Beginn der Krise deutsche Unternehmen vielerorts vor große Herausforderungen. Insbesondere Probleme in der Lieferkette und Reiseeinschränkungen sorgen für Störungen im Betriebsablauf.

Reiseeinschränkungen belasten die internationale Geschäftstätigkeit

Für zwei Drittel der Unternehmen (65 Prozent) sind Reiseeinschränkungen noch immer ein Hindernis, vor allem an den Standorten in China (85 Prozent) und im Asien-Pazifik Raum (82 Prozent). Weltweit nennen derzeit rund genauso viele Unternehmen dieses Hindernis wie zu Beginn der Pandemie im April 2020. Durch den fehlenden persönlichen Kontakt können so Geschäftsabschlüsse nicht zustande kommen oder Montage- und Wartungsarbeiten von Maschinen nicht durchgeführt werden.

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf Unternehmen

Mehrfachantworten möglich, *erstmalig gefragt



Lieferkettenprobleme spitzen sich zu

Mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen im Ausland (54 Prozent) berichtet von Problemen in der Lieferkette und der Logistik als Folge der Coronavirus-Pandemie. Im Vergleich zum Frühjahr 2021 steigt der Wert um 14 Prozentpunkte und erreicht einen Höchstwert. Am häufigsten nennen die Unternehmen in Nordamerika Lieferkettenprobleme (66 Prozent).

30 Prozent der Unternehmen weltweit melden fehlende Waren und Dienstleistungen – auch diese Auswirkung wurde noch nie so häufig genannt. Zudem berichten die Unternehmen häufiger als zuletzt von eigenen Produktionsausfällen

(20 Prozent nach zuvor 19 Prozent). Auch dies kann eine Auswirkung Lieferkettenstörungen sein. So berichten Unternehmen, die Probleme in der Lieferkette und der Logistik haben, häufiger als der Durchschnitt von fehlenden Waren und Dienstleistungen (42 Prozent) und Produktionsausfällen (24 Prozent).

Besonders Industrie- und Bauunternehmen sind von den Lieferkettenstörungen und deren Auswirkungen betroffen. Drei von vier Unternehmen in diesem Sektor haben Probleme in ihren Lieferketten oder der Logistik, jedes vierte berichtet von Produktionsausfällen und 38 Prozent beklagen fehlende Waren oder Dienstleistungen.

Die Probleme in den internationalen Lieferketten halten bereits seit mehreren Monaten an. Neben einer gestiegenen Nachfrage auf der einen und zu geringen Produktionskapazitäten auf der anderen Seite sehen die Unternehmen Transportprobleme, hier insbesondere aufgrund von mangelnden Containern und Frachtkapazitäten auf Schiffen, und Produktionsausfälle bei Zulieferern als Ursachen für die Lieferkettenstörungen.¹

Herausforderungen bleiben zahlreich

Neben den zugespitzten Lieferkettenproblemen sehen sich die Unternehmen mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Weiterhin finden Messen und Veranstaltungen nur eingeschränkt statt, dies wirkt sich auf zwei von fünf Unternehmen negativ aus. Aufgrund bestehender Unsicherheiten berichtet ein Drittel der Unternehmen von verschobenen oder gestrichenen Investitionen, 14 Prozent von Liquiditätsengpässen. Ein Viertel der Unternehmen berichtet von stornierten Aufträgen. 16 Prozent verzeichnen weiterhin erhöhte Rechtsunsicherheiten durch die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie.

Im Vergleich zu den Vorumfragen berichten immer weniger Unternehmen von einem pandemiebedingten Nachfragerückgang (30 Prozent). Somit bestehen die Herausforderungen aktuell nicht primär auf der Nachfrage- sondern auf der Angebotsseite.

Unternehmen passen ihre Lieferketten an

Angesichts der Herausforderungen im internationalen Geschäft passen Unternehmen ihre Lieferketten an. 54 Prozent der Unternehmen wollen ihre Lieferketten diversifizieren. Bei Unternehmen, die von Lieferkettenproblemen als Folge der Pandemieauswirkungen berichten, liegt dieser Anteil sogar bei 67 Prozent.

Unter den Unternehmen, die Anpassungen in ihren Lieferketten vornehmen wollen, suchen 72 Prozent nach neuen Lieferanten, 32 Prozent planen eine Veränderung bzw. Verkürzung der Lieferwege. Auffällig ist, dass 15 Prozent der Unternehmen ihre Produktion oder Teile ihrer Produktion an neue Standorte verlagern wollen.



¹ Dies zeigt eine [DIHK-Umfrage zu Lieferengpässen und Rohstoffknappheit](#) unter deutschen Unternehmen im In- und Ausland.

Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland

Neben den direkten Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie sorgen weitere Faktoren für Risiken im alltäglichen Geschäft der deutschen Unternehmen im Ausland.

Zwei von fünf Unternehmen sorgen sich um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen an ihren Standorten. Immerhin: seit Beginn der Erhebung ist das der geringste Wert weltweit. In Süd- und Mittelamerika stellen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen allerdings das größte Geschäftsrisiko dar (63 Prozent) – ähnlich hoch fällt der Anteil in der Türkei aus (62 Prozent). Auch das Finanzierungsrisiko ist auf den niedrigsten Wert seit Beginn der Erhebung gesunken, wird aber noch von einem Fünftel der Unternehmen genannt. Unternehmen in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten haben häufiger Schwierigkeiten bei der Finanzierung (34 Prozent) als Unternehmen an anderen Standorten. Fehlende Rechtssicherheit wird von weniger Unternehmen als Geschäftsrisiko eingestuft, als es im Frühjahr der Fall war (18 Prozent nach zuvor 23 Prozent) – in Ländern in Süd- und Mittelamerika allerdings häufiger (36 Prozent).

Für 23 Prozent sorgen Wechselkursrisiko und für 22 Prozent der Unternehmen Handelsbarrieren sowie die Bevorzugung einheimischer Unternehmen für Unsicherheit in ihren Geschäften. In der Türkei wird das Wechselkursrisiko als größtes Geschäftsrisiko eingeschätzt (73 Prozent). Handelsbarrieren treffen hingegen insbesondere Unternehmen im Iran (60 Prozent) und im Vereinigten Königreich (43 Prozent).

Hemmschuh Rohstoffpreise

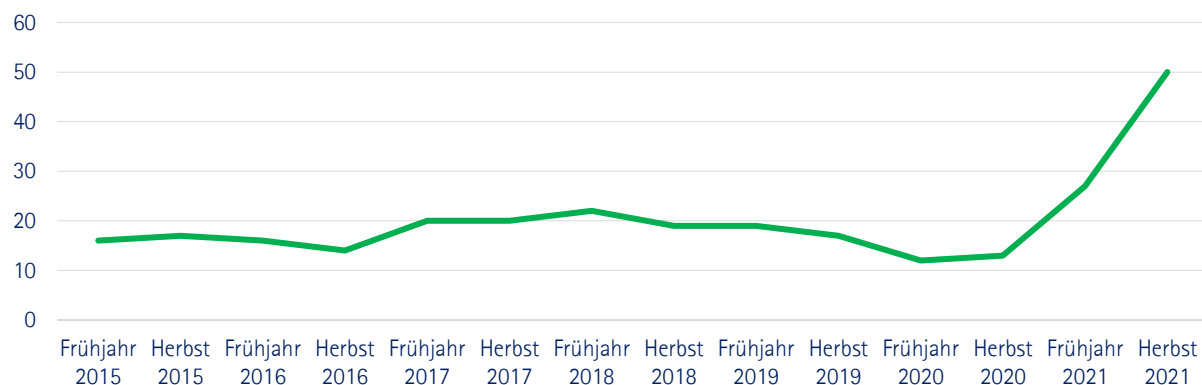
44 Prozent der Unternehmen geben gestiegene Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko an – kein Risiko wird aktuell häufiger genannt. Im Industrie- und Bausektor sind sogar mehr als zwei Drittel der Unternehmen davon betroffen. Zwar belasten die höheren Preise Unternehmen weltweit, besonders häufig wird das Risiko Rohstoffpreise allerdings an den Standorten in China (55 Prozent) und im Asien-Pazifik-Raum (49 Prozent) sowie in der Eurozone (47 Prozent) gemeldet.

In den vergangenen Monaten ist es bei zahlreichen Rohstoffen und Vorprodukten zu erheblichen Preissteigerungen gekommen. Nach dem Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr hat die Produktion und somit die Nachfrage nach Rohstoffen deutlich zugenommen. In der Folge kommt es weltweit zu Lieferengpässen und gestiegenen Preisen. Unternehmen, die als Geschäftsrisiko die Höhe der Rohstoffpreise nennen, sind am stärksten von Problemen in der Lieferkette bzw. Logistik betroffen (76 Prozent).

Die Höhe der Energiepreise wird von 23 Prozent der Unternehmen als Geschäftsrisiko angegeben. Neben den gestiegenen Preisen bei Rohstoffen und Vorprodukten haben sich in den vergangenen Monaten auch zahlreiche Energieträger stark verteuert. Häufiger als im weltweiten Durchschnitt nennen Unternehmen in der EU dieses Risiko (Eurozone: 31 Prozent; sonstige EU: 28 Prozent). Dort sind die Energiekosten im vergangenen Jahr deutlich angestiegen, unter anderem durch die CO₂-Abgaben, die Unternehmen im Rahmen des Emissionshandels innerhalb der EU entrichten müssen.

Erstmals wurden Energie- und Rohstoffpreise getrennt abgefragt. Kumuliert sieht die Hälfte der Unternehmen (50 Prozent) in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Risiko für ihre zukünftige Geschäftsentwicklung. Im Vergleich zur Vorumfrage (27 Prozent) ist der Anteil erneut deutlich angestiegen.

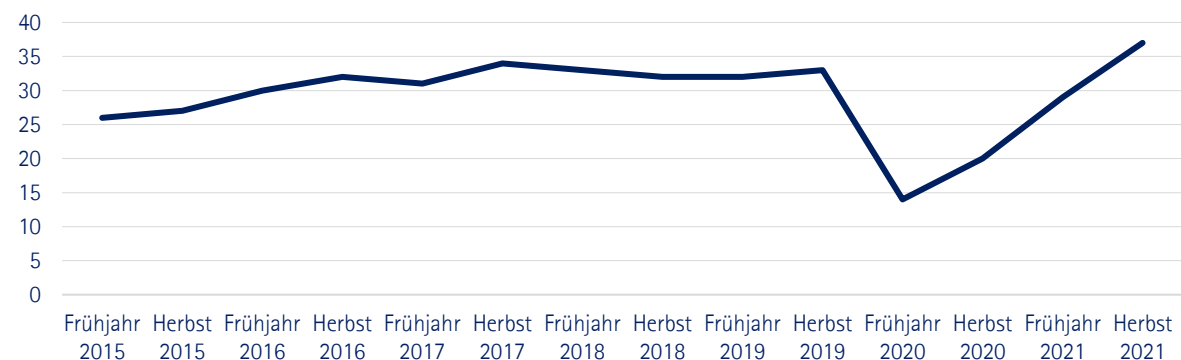
Geschäftsrisiko Energie- und Rohstoffpreise (kumuliert) in Prozent



Fachkräftemangel gewinnt an Bedeutung

Für 37 Prozent der deutschen Unternehmen im Ausland stellt der Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko dar. Noch nie seit Beginn der Erhebung haben so viele Unternehmen von Schwierigkeiten bei der Suche und Einstellung von Fachkräften berichtet. Bereits im Frühjahr hatten 29 Prozent diese Hürde genannt. Auch die Arbeitskosten steigen erneut und sorgen bei knapp einem Viertel der Unternehmen (24 Prozent) für eine Belastung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Fachkräftemangel und steigende Arbeitskosten könnten die gestiegenen Beschäftigungsabsichten der Unternehmen trüben. Unter Unternehmen, die mit mehr Personal in den kommenden Monaten planen, stellt der Fachkräftemangel mit 48 Prozent das meistgenannte Geschäftsrisiko dar. Besonders häufig nennen Unternehmen in den USA (60 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (55 Prozent) den Fachkräftemangel.

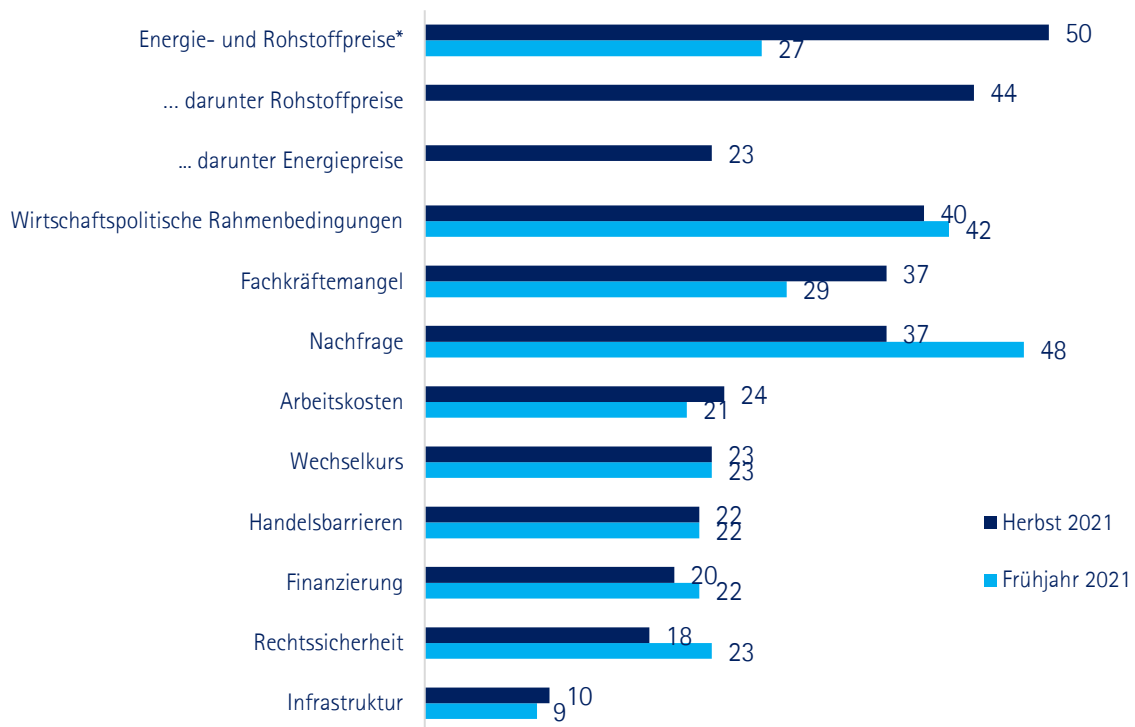
Geschäftsrisiko Fachkräftemangel in Prozent



Risiken für die Weltwirtschaft in den kommenden zwölf Monaten

in Prozent, Mehrfachantworten möglich,

*Energie- und Rohstoffpreise wurden im Frühjahr als eine Kategorie abgefragt



Statistischer Anhang

Auswertung der Ergebnisse nach Ländern

Jeweils Saldo aus gut/besser-Antworten minus schlecht/geringer-Antworten

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäfti- gungsabsichten
Welt gesamt	41	50	24	29	38
Eurozone	46	52	28	35	36
Finnland	49	54	27	23	51
Frankreich	61	54	32	29	32
Griechenland	46	71	42	57	44
Irland	61	61	39	44	54
Italien	47	55	46	33	48
Portugal	36	46	21	26	32
Slowakei	45	20	20	0	30
Slowenien	60	40	30	-5	55
Spanien	41	43	13	47	38
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	53	47	14	29	41
Bulgarien	60	30	-10	5	25
Dänemark	64	68	41	25	48
Rumänien	57	33	-10	21	24
Schweden	62	62	58	42	52
Schweiz	69	34	34	25	24
Tschechien	64	41	36	50	45
Ungarn	50	38	26	35	39
Vereinigtes Königreich	45	48	-12	23	43
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei	63	40	2	22	41
Bosnien und Herzegowina	67	50	4	9	29
Nordmazedonien	33	45	-30	17	30
Russische Föderation	69	35	12	20	42
Serbien	32	63	12	48	46
Türkei	68	52	-8	31	47
Weißrussland	33	-7	-54	-31	22
Asien/Pazifik (ohne China)	34	58	40	27	40
Indien	56	68	67	45	44
Indonesien	42	70	39	32	38
Japan	17	56	45	13	36
Malaysia	28	61	25	18	35
Neuseeland	25	63	-13	17	56
Philippinen	12	54	22	1	19
Singapur	55	30	25	26	50
Südkorea	29	56	31	20	38
Thailand	14	48	6	19	40
Vietnam	-21	42	7	9	18

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäfti- gungsabsichten
Greater China	27	38	16	20	41
China	26	36	14	19	42
Hongkong	27	36	14	5	-5
Taiwan	38	49	34	29	47
Nordamerika	45	53	32	37	40
Kanada	75	58	50	17	29
Mexiko	10	54	6	17	17
USA	50	52	36	44	48
Süd- und Mittelamerika	26	42	-17	16	19
Argentinien	13	10	-55	5	23
Bolivien	-6	42	-23	-20	-13
Brasilien	50	53	-8	26	28
Chile	36	33	-48	0	14
Ecuador	-21	62	43	34	7
Peru	35	39	-68	-15	10
Venezuela	-31	10	-21	5	-14
Afrika, Nah- und Mittelost	33	57	36	34	34
Ägypten	49	64	52	47	50
Iran	14	26	-11	-3	3
Kenia	14	50	-14	17	21
Saudi-Arabien	36	77	50	47	23
Südafrika	7	38	-7	0	17
Tunesien	6	40	7	28	27
Vereinigte Arabische Emirate	32	59	56	32	27

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion

Carolin Herweg, Lola Machleid, Melanie Vogelbach

Grafik

Friedemann Encke, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

November 2021